



Niederschrift

- öffentlicher Teil - über die 69. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck

Sitzungsort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

29.07.2025

Sitzungstag: Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:23 Uhr

Anwesend:

Bemerkungen:

Vorsitzender, Oberbürgermeister

Götz, Christian

2. Bürgermeister

Stangl, Christian

Schriftführer/in

Rothe, Melanie

Stadtratsmitglieder

Bosch, Albert

Britzelmair, Markus

Brückner, Thomas

Danke, Karl

Dräxler, Willi

Droth, Markus

Droth, Quirin

abwesend ab 21:56 Uhr

Geißler, Karin

Glockzin, Peter

Hannig, Theresa

Heimerl, Philipp

Höfelsauer, Franz

Jakobs, Georg, Dr.

Kellerer, Martin

Kusch, Hermine

Lang, Elisabeth

Lohde, Andreas

anwesend ab 19:04 Uhr

Merkl, Gina

abwesend ab 21:56 Uhr

Neuhauß, Matthias

Pöttsch, Mirko

Quinten, Ulrike
Schilling, Johann
Siegler, Katrin
Sindani, Jeanne-Marie
Stockinger, Georg
Weber, Florian
Weinberg, Irene
Wollenberg, Klaus, Prof. Dr.
Zierl, Alexa, Dr.

abwesend ab 21:56 Uhr

Verwaltung

Dachsel, Johannes
Eckert, Marcus
Klehr, Roland
Kieser, Christian

Gäste:

Frau Vallentin (Polizeiinspektion FFB)
Herr Scheid (Polizeiinspektion FFB)
Mitglieder des Seniorenbeirats

Abwesend:

Grund:

3. Bürgermeisterin

Klemenz, Birgitta, Dr.

entschuldigt

Stadtratsmitglieder

Aldini, Robert, Dr.
de Tschaschell, Tanja
Halbauer, Jan
Jäger, Tina
Kreis, Dieter
Mellentin, Johanna Luise
Piscitelli, Michael
Rubin, Lisa
Schultze, Gabriele

unentschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
unentschuldigt
entschuldigt
unentschuldigt
unentschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Verwaltung

Leinweber, Norbert
Maurer, Michael

entschuldigt
entschuldigt

Öffentliche Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
3. Verkürzung der Amtszeit des Oberbürgermeisters
4. Ernennung des 11. Seniorenbeirats der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
5. Einführung einer Sicherheitswacht in Fürstenfeldbruck
6. Bestellung zur Sozialreferentin; Beschluss
7. Erneute Genehmigung der Satzung der VHS Stadt Land Bruck gGmbH
8. Neuerlass der Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Fürstenfeldbruck
9. Neuerlass der Stellplatzsatzung und Rahmenbedingungen des Mobilitätskonzepts
10. Bebauungsplan Nr. 94/3I-1 "Südl. Fraunhoferstraße-Ost"; Satzungsbeschluss
11. Neuerlass der Spielplatzsatzung
12. Neuerlass der Freiflächensatzung
13. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Fürstenfeldbruck 2050 - Beschlussfassung
14. Energienutzungsplan des Landratsamts und Beschluss weiteres Vorgehen kommunale Wärmeplanung
15. Erlass einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (Verpackungssteuersatzung)
16. Verschiedenes

Herr Oberbürgermeister Götz eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Es ergeben sich folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Herr OB Götz lässt das Gremium, aufgrund des vorab eingereichten Antrages von Frau Stadträtin Dr. Zierl, über die Absetzung zu **Tagesordnungspunkt NÖ3** abstimmen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt NÖ3 soll abgesetzt werden.

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 25

Frau Stadträtin Lang und **Herr Stadtrat Lohde** sind zur Abstimmung nicht anwesend.

Herr OB Götz erklärt, dass der **Tagesordnungspunkt NÖ1** abgesetzt wird.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Herr OB Götz spricht **Frau Stadträtin Sindani** seine Glückwünsche zum runden Geburtstag aus.

TOP 1	Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
--------------	---

Es liegen keine Bürgeranfragen vor.

TOP 2	Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
--------------	---

Gemäß Artikel 54 Absatz 2 Halbsatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) sowie § 38 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck sind die Niederschriften von Sitzungen städtischer Gremien vom jeweiligen Ausschuss bzw. Stadtrat zu genehmigen. Dies erfolgt in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Abstimmenden (Artikel 51 Abs. 1 GO).

Der Stadtrat beschließt die Genehmigung der Niederschrift der **öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.06.2025.**

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 0

TOP 3	Verkürzung der Amtszeit des Oberbürgermeisters
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3631/2025 vom 09.07.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz übergibt **Herrn 2. Bürgermeister Stangl** für diesen Tagesordnungspunkt den Vorsitz und verlässt den Sitzungssaal.

Frau Stadträtin Geißler bringt vor, dass Herr OB Götz sein Wahlversprechen, welches er bei der Oberbürgermeisterwahl 2023 bezüglich der Anpassung seiner Amtszeit zur Legislaturperiode gegeben hatte, einhält und er weder amtsmüde ist, noch zurücktreten wird. Aufgrund der Verkürzung seiner Amtszeit kommen sowohl die Stadtratswahl, als auch die Oberbürgermeisterwahl wieder in Gleichklang, welcher durch die Erkrankung und Neuwahlen 2017 „gestört“ wurde. Durch diese Verkürzung wird die Wahl für die Bürgerinnen und Bürger, die Verwaltung und auch Parteien und Bürgervereinigungen vereinfacht und Kosten eingespart. Frau Stadträtin Geißler möchte vor allem den Mut von Herrn OB Götz hervorheben, sich nach einer verkürzten Amtszeit zur Wiederwahl für die BBV aufstellen zu lassen und beschreibt weiter, die bereits erfolgreiche Amtszeit der letzten drei Jahre, mit einer guten Weiterentwicklung verschiedenster Projekte und Bürgerbeteiligungen. Sie hofft auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den amtierenden Oberbürgermeister und ergänzt, dass die Fraktion BBV dem vorliegenden Antrag zustimmen wird.

Herr Stadtrat Lohde schließt sich im Namen der CSU-Fraktion den anerkennenden Worten von Frau Stadträtin Geißler an und spricht sich für den Mut, die Zuversicht, auch in die eigene Arbeit von Herrn OB Götz aus. Er möchte ebenso seine Anerkennung für die Geradlinigkeit und den Mut zu diesem Schritt zum Ausdruck bringen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt nach Art. 42 Abs. 3 Gemeindelandkreistwahlgesetz (GLKrWg), dass die Amtszeit von Herrn Oberbürgermeister Götz, auf dessen Antrag hin, vorzeitig mit dem Ablauf der Wahlzeit des Stadtrates zum 30.04.2026 endet. Die Neuwahl für das Amt des Oberbürgermeisters soll am 08.03.2026 stattfinden.

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 0

TOP 4	Ernennung des 11. Seniorenbeirats der Großen Kreisstadt Fürstfeldbruck
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3610/2025 vom 11.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz erläutert, dass die Neuwahlen des Seniorenbeirats in der Sitzung des ISJS am 15.07.2025 stattgefunden haben. Das Ergebnis der Neuwahlen liegt den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr OB Götz spricht seinen Dank den ausgeschiedenen Mitgliedern des Seniorenbeirats, sowie den Beiräten wie z.B. Wirtschaft, Jugend, Sport, Umwelt und Menschen mit Behinderung aus, welche dem Stadtrat und der Verwaltung ehrenamtlich beratend zur Seite stehen. Er verkündet die Namen der Bewerberinnen und Bewerber sowie die Nachrücker, welche in der Sitzung des ISJS in den Seniorenbeirat gewählt und in der Sitzung des Stadtrats berufen werden sollen. Herr OB Götz gratuliert nach Abstimmung des Stadtrates den neu gewählten Mitgliedern des Seniorenbeirats.

Herr Stadtrat Glockzin dankt in seiner Funktion als Sozialreferent den ausgeschiedenen Mitgliedern des Seniorenbeirats für die geleistete Arbeit. Besonderen Dank spricht er den langjährigen Mitgliedern des Seniorenbeirats, Herrn Hans-Joachim Ohm, Herrn Franz Leckenwalter und Herrn Dieter Jung aus und wünscht den neuen Beiräten eine gute und erfolgreiche Zeit. Zusätzlich übergibt er zum Dank ein Präsent für den langjährigen Einsatz im Seniorenbeirat.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport empfiehlt dem Stadtrat, folgende sieben Bewerberinnen bzw. Bewerber als Mitglieder in den zehnten Seniorenbeirat zu berufen:

(Namensliste nach Auswahlverfahren)

2. Folgende Personen werden als Nachrücker empfohlen:

(Namensliste nach Auswahlverfahren)

3. Die Amtszeit des Seniorenbeirats beginnt am 01.08.2025 und endet zum 31.07.2028.

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 0

TOP 5	Einführung einer Sicherheitswacht in Fürstenfeldbruck
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3602/2025 vom 05.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert, dass dieser auf einen Antrag der CSU aus dem Jahr 2022 zurückzuführen ist. Des Weiteren wurde dieser im Haupt- und Finanzausschuss am 01.07.2025 vorberaten. Nach Begrüßung und Vorstellung der Leiterin der Polizeiinspektion Fürstenfeldbruck, Frau Vallentin und dem künftigen Leiter Herrn Scheid durch Herrn OB Götz bringt Frau Vallentin das Thema Sicherheitswacht dem Gremium näher. Sie erläutert die Vorteile und Zusammenarbeit der Sicherheitswacht mit der Polizei, die Auswahl und Ausbildung der Bewerberinnen und Bewerber und das Tätigkeitsfeld.

Herr Stadtrat Höfelsauer dankt Frau Vallentin für die ausführliche Erläuterung und schildert den Austausch der betroffenen Geschäftsinhaber und Beschäftigten am Geschwister-Scholl-Platz mit der Polizei. Herr Stadtrat Höfelsauer berichtet weiter, dass durch den Vortrag eines Hauptkommissars Fragen geklärt und einige Unsicherheiten genommen werden konnten. Er spricht sich für die Sicherheitswacht aus und hofft hierdurch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Dank geht auch seitens der Geschäftsleute und ihm, als Vorsitzender des Gewerbeverbandes, an Frau Vallentin und die zuständigen Polizeibeamten.

Nach Einwilligung des Gremiums erteilt **Herr OB Götz Herrn Korbinian Butterer**, dem Vorsitzenden des Stadtjugendrats, das Wort.

Herr Butterer bezieht sich auf seinen offenen Brief, welcher bereits vorab an die Stadtratsmitglieder versandt wurde. Er verdeutlicht, dass der Stadtjugendrat die Einführung einer Sicherheitswacht sehr begrüßt und hofft, dass durch die Polizei und das Auswahlverfahren, geeignete Bewerber gefunden werden. Er plädiert für eine gemeinsame Lösung der Jugend und älteren Bürgerschaft. Aus der Sicht des Stadtjugendrates kann die Einführung einer Sicherheitswacht nur der erste Schritt sein.

Herr Stadtrat Weber ist von der Einführung einer Sicherheitswacht nicht überzeugt und gibt zu bedenken, dass sich Mitglieder verfassungswidriger Gruppen unter die Bewerber mischen könnten. Zur Frage von Herrn Stadtrat Weber an Frau Vallentin bezüglich der Vorauswahl und Prüfung der Angehörigkeit bei verschiedenen Parteien der Bewerber erläutert Frau Vallentin, dass die Verfassungstreue überprüft wird. Herr Scheid, künftiger Leiter der PI FFB, ergänzt, dass die Bewerberinnen und Bewerber den gleichen Überprüfungsprozess wie sämtliche Mitarbeiter der Polizei durchlaufen.

Frau Stadträtin Hannig verweist auf die von ihr verwendeten Quellen, welche auf ihrer Homepage verlinkt sind und führt diese aus. Ihrer Aussage nach ist die Einrichtung einer Sicherheitswacht zur Steigerung des Sicherheitsgefühls in der Bürgerschaft nicht bewiesen und bezieht sich auf eine Studie, welche besagt, dass eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls durch die Einführung einer Sicherheitswacht nicht bestünde. Folgend berichtet sie über Nachteile, welche sich aus der Einführung der Sicherheitswacht eventuell ergeben könnten. Sie verdeutlicht, nach ihren Recherchen, die Möglichkeit einer

Unterwanderung der Sicherheitswacht durch rechtsextreme Personen. Sie unterstreicht, dass die Stelle des Ordnungsamtes längere Zeit unbesetzt war, die Einstellung eines Streetworkers nötig wäre und Orte der Begegnung mit Respekt und Toleranz geschaffen werden sollten.

Herr OB Götz äußert sich zur Anmerkung von Frau Stadträtin Hannig bezüglich der Besetzung der Stelle des Ordnungsamtes. Die Besetzung der Stelle im Ordnungsamt stünde in keinem Zusammenhang mit der Situation an den neuralgischen Punkten. Er plädiert für die Einführung der Sicherheitswacht als Baustein, um die Stadt attraktiver zu machen und kann nachvollziehen, dass es Skepsis bei der Besetzung geben könnte. Er spricht sich für eine Änderung des Namens Sicherheitswacht aus, da dies eine Unsicherheit in der Stadt suggerieren würde. Er sieht im Einsatz der Sicherheitskräfte die Chance bei einzelnen Personengruppen zum Überdenken ihres Verhaltens oder einzelne Punkte in der Stadt sicherer zu machen. Auch in der Verwaltung gehen Mitteilungen bezüglich Ruhestörungen, Vermüllung und angetrunkener Personen ein, daher könnte die Anregung von Verhaltensänderungen beitragen das Stadtbild zu verbessern. Er bezieht sich auf weitere Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen, wie z.B. Frau Doris Baumgartl aus der Großen Kreisstadt Landsberg am Lech, welche über positive Erfahrungen zum Einsatz der Sicherheitswacht berichten konnte. Er empfiehlt, wie im Beschlussvorschlag beschrieben, eine Testphase von zwei Jahren und ist der Ansicht, dass die Hemmschwelle der Bürgerinnen und Bürger um Hilfe zu bitten, gegenüber der Sicherheitswacht geringer wäre.

Herr Stadtrat Dräxler dankt Frau Vallentin für die gute Zusammenarbeit. Er spricht sich gegen die Einführung einer Sicherheitswacht aus, da er eine Stigmatisierung und Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen befürchte. Herr Dräxler schließt sich seiner Vorrednerin an und stellt ebenfalls die Steigerung des Sicherheitsgefühls durch den Einsatz der Sicherheitswacht in Frage. Seiner Ansicht nach könnte es zu einer Verschiebung der betroffenen Punkte im Stadtgebiet kommen. Es handle sich oft, seiner Auffassung nach, um Defizite in Bildung und sozialen Dingen, welche durch Druck unter Kontrolle gebracht werden sollen. Er plädiert für Chancengleichheit und Investition in Bildung, da auch Bettler zu unserer Gesellschaft gehören, auch wenn diese nicht gerne gesehen werden.

Herr OB Götz geht auf die Aussagen von Herrn Stadtrat Dräxler auch als Integrationsreferent ein und regt dazu an, sowohl das Eine zu tun ohne das Andere zu lassen. Er betont, dass das Angebot an sozialen Hilfen und Anlaufstellen in der Stadt Fürstenfeldbruck extrem hoch ist und das Zusatzangebot dies ergänzt.

Frau Stadträtin Geißler bemerkt, dass in diesem Punkt die Mehrheit der Fraktion nicht für die Einführung der Sicherheitswacht stimmen wird. Sie informiert über eine Studie aus Kempten, diese hatte sie bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen. Ihrer Aussage nach kam Kempten, bei der Einführung einer Sicherheitswacht, zu keinem positiven Ergebnis. Es ist wünschenswert, wie vom Stadtjugendrat gehofft, dass die Sicherheitswacht dialogorientiert arbeiten wird. Zudem kann ihrer Ansicht nach die Sicherheitswacht nicht zum Einsatz bei Veranstaltungen der Stadt verpflichtet werden. Sie regt an, die Stelle des Streetworkers auch teilzeitfähig auszuschreiben.

Herr OB Götz stellt fest, dass die Stelle des Streetworkers mit 39 Std./Woche ausgeschrieben wurde und zudem teilzeitfähig ist. Der Aussage, es handle sich um einen

Verdrängungseffekt, widerspricht Herr OB Götz und möchte das Verhalten durch den Einsatz der Sicherheitswacht bzw. eines Benimm-Coaches verändern.

Herr Stadtrat Lohde informiert, dass der Antrag zur Einführung einer Sicherheitswacht seinerzeit durch die CSU-Fraktion eingereicht und bereits mehrmals behandelt, jedoch teilweise nicht ausreichend besprochen wurde. Nach seiner Ansicht stimmt Herr Oberbürgermeister Götz, aufgrund der immer wieder auflaufenden Problematik in der Verwaltung sowie beim Oberbürgermeister, der Einführung der Sicherheitswacht zu. Seine Erkenntnisse aus Gesprächen mit Herrn Oberbürgermeister Bosse aus Kaufbeuren haben ergeben, dass die Sicherheitswacht positive Effekte in seiner Kommune erzielen konnten. Er bekräftigt, dass viele ehrenamtliche Einsatzbereiche mit dem Begriff Wacht besetzt sind und es einer Diskreditierung gleicht, diese Einsatzkräfte als Dilettanten zu bezeichnen. Zu bedenken ist, dass bei der Freiwilligen Feuerwehr, der Bergwacht, der Skiwacht, der Naturwacht und auch der Wasserwacht freiwillige, ehrenamtliche und gut ausgebildete Personen eingesetzt werden und diese in Notsituationen gerufen werden. Herr Stadtrat Lohde schildert, dass Diebstähle um 17%, vorsätzliche Körperverletzungen um 14,4%, Ladendiebstähle um 36,7% und Wohnungseinbrüche um 17,6% gestiegen sind und diese Delikte zunehmen. Aufgrund einer neuen Gesetzgebung im BTM-Bereich seit dem 1. April 2024, sind diese Delikte gesunken.

Herr 2. Bürgermeister Stangl trägt vor, dass die Sicherheitswacht als eine schwach motivierende Macht zu verstehen ist. Der Beitrag des Stadtjugendrates zeige, dass es Angst und Wunsch nach einem Sicherheitsbedürfnis gebe. Durch den Einsatz der Sicherheitswacht würde auf den Einsatz von Dialog und Deeskalation gesetzt. Seiner Ansicht nach wird die Evaluation nach einer zweijährigen Testphase zeigen, welchen Anklang die Sicherheitswacht gefunden hat und welche Ergebnisse berichtet werden können.

Herr Stadtrat Heimerl teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Vorhaben eher kritisch gegenüberstehe und dies bereits im Haupt- und Finanzausschuss so wiedergegeben wurde. Da die Sicherheitswacht keinerlei Maßnahmen ergreifen könne, kann laut seiner Ansicht nur ein Sicherheitsgefühl hergestellt werden. Er berichtet, dass in verschiedenen Statistiken aufgeführt ist, dass keine Verbesserung der Polizeiarbeit stattfindet und die Polizei an weniger relevante Einsatzorte gerufen werden würde.

Frau Stadträtin Dr. Zierl berichtet von einem Gespräch mit dem Initiator des neu eröffneten Amperstrands, Benedikt Bucher (Stadtjugendrat), welcher unter erschwerten Bedingungen und Mithilfe der Polizei diesen eröffnen konnte. Eines der Kernprobleme ist ihrer Meinung nach auch, dass junge Frauen sich in bestimmten Bereichen der Stadt besonders abends unsicher fühlten und diese Bereiche meiden. Ihrem Eindruck nach ist die Stadt gerade im Begriff die öffentlichen Räume zu verlieren, da diese Räume gerade von jungen Leuten gemieden werden. Da derzeit nicht die Möglichkeit bestünde, einen Streetworker in Vollzeit oder weitere Polizeieinheiten einzusetzen, ist sie der Auffassung, dass der Einsatz einer Sicherheitswacht getestet und nach zwei Jahren evaluiert werden solle. Auch schließt sie sich dem Vorschlag von Herrn OB Götz an, den Stadtrat im Laufe des Jahres einzubeziehen und im Fall, dass es nicht erfolgreich verläuft, einzustellen. Frau Stadträtin Dr. Zierl wird sich für die Sicherheitswacht aussprechen.

Frau Stadträtin Lang kann sowohl die Argumente für als auch gegen die Sicherheitswacht verstehen und geht nochmals auf die Studie von Frau Andrea Holzer ein. Nach einem Telefonat mit einer Mitarbeiterin der Münchner Sicherheitswacht kann Frau Stadträtin Lang aufzeigen, dass die Hauptaufgabe der Sicherheitswacht in der Deeskalation und Kommunikation liegt. Ein großer Punkt ist ebenfalls die Zusammenarbeit der Sicherheitswacht mit der Polizei, dem Konzept und der Auswahl der Mitarbeiter. Auch sie spricht sich für die Testphase von zwei Jahren und einer anschließenden Evaluation aus.

Herrn Stadtrat Markus Droth bemerkt, dass die Freien Wähler vor mehreren Jahren nicht für den Einsatz der Sicherheitswacht waren. Jedoch nach einiger Zeit und Entwicklung den Einsatz des Ehrenamts, unter anderem in Schulen, als äußerst wichtig erachten. Durch die Entwicklung an den Hotspots und der gewonnenen Erkenntnis werden die Freien Wähler dem Antrag zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt:

1. Die Einführung einer Sicherheitswacht in Fürstenfeldbruck wird befürwortet. Über die Polizeiinspektion Fürstenfeldbruck ist ein entsprechender Antrag an das Polizeipräsidium Oberbayern Nord zu stellen.
2. Der Stadtrat beschließt, die Einrichtung einer Sicherheitswacht in der Stadt Fürstenfeldbruck für einen Zeitraum von zwei Jahren zu genehmigen. Nach Ablauf der Befristung soll eine Evaluierung erfolgen, um die Wirksamkeit der Sicherheitswacht zu prüfen und gegebenenfalls über eine Weiterführung oder Anpassung zu entscheiden.

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 10

TOP 6	Bestellung zur Sozialreferentin; Beschluss
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3626/2025 vom 27.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz zeigt auf, dass das Amt des Sozialreferenten/ der Sozialreferentin nach Ausscheiden durch Herrn Best von Frau Stadträtin Schultze nicht besetzt wurde und Frau Stadträtin Sindani dieses zukünftig bekleiden möchte.

Bei der Abstimmung sind Frau Stadträtin Hannig, Frau Stadträtin Weinberg und Herr Stadtrat Neuhaus nicht anwesend.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, als Nachfolgerin für Herrn StR Adrian Best (Die LINKE), Frau StR'in Jeanne-Marie Sindani (CSU) als Sozialreferentin zu benennen.

Ja-Stimmen: 28

Nein-Stimmen: 0

TOP 7	Erneute Genehmigung der Satzung der VHS Stadt Land Bruck gGmbH
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3629/2025 vom 08.07.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz berichtet, dass gemeinsam mit den Bürgermeisterkollegen aus Maisach und Mammendorf ein Termin beim Notar stattfand und die entsprechenden Verträge unterzeichnet wurden. Da es keine Wortmeldungen gibt wird über den Tagesordnungspunkt ohne Diskussion abgestimmt.

Frau Stadträtin Hannig ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Der Inhalt der Urkunde des Notars Dr. Martin Jung in Fürstenfeldbruck vom 21.07.2025, UVZ-Nr. **J1326/2025** ist bekannt.

Alle in dieser Urkunde durch den Oberbürgermeister abgegebenen Erklärungen werden hiermit vorbehaltlos und unwiderruflich genehmigt.

Etwa erteilte Vollmachten werden hiermit bestätigt.

Der Oberbürgermeister wird bevollmächtigt, sämtliche zum Vollzug der Kapitalerhöhung erforderlichen Erklärungen abzugeben und entgegenzunehmen, sowie alle hierzu erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 0

TOP 8	Neuerlass der Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Fürstenfeldbruck
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3603/2025 vom 05.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz führt aus, dass die Satzung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorbehandelt wurde und diese neu beschlossen werden muss, da sie ausläuft.

Frau Stadträtin Dr. Zierl dankt der SPD-Fraktion für den, bereits vor ein paar Jahren, gestellten Antrag. Nach Einholung weiterer Informationen aus anderen Kommunen und der Entscheidung der Verwaltung, wurde ihrer Auffassung nach erkannt, dass hieraus ein Mehrwert entstünde.

Frau Stadträtin Hannig und **Frau Stadträtin Merkl** sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Fürstenfeldbruck entsprechend der Anlage 2 neu zu erlassen.

Ja-Stimmen: 29

Nein-Stimmen: 0

TOP 9	Neuerlass der Stellplatzsatzung und Rahmenbedingungen des Mobilitätskonzepts
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3595/2025 vom 04.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz informiert, dass dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Planungs- und Bauausschusses vorberaten wurde. Zudem wurde eine Synopse zur alten und neuen Stellplatzsatzung erstellt.

Herr Dachsel, AL 4, erläutert die Synopse und zeigt auf, dass aufgrund der Gesetzgebung größere Änderungen auftreten. Er geht auf die Problematik der Neuerstellung aller vorliegenden Satzungen ein und erklärt, dass der Verwaltung ein sehr kurzer Vorbereitungs- und Bearbeitungszeitraum seitens des Gesetzgebers anberaumt wurde. Auch schildert er, dass die Satzungen ohne Rücksprache mit Gemeinden und Kommunen durch den Gesetzgeber gestrichen wurden. Seiner Ansicht nach, wäre eine Abstimmung mit den Kommunen und einer gewissenhafteren Arbeit dem Ergebnis zu Gute gekommen. Herr Dachsel bietet an, einen Arbeitskreis einzuberufen, da sich dieser bereits in anderen Bereichen bewährt hatte und bittet um Zustimmung der jetzt vorliegenden Satzungen, welche durch die Einberufung des Arbeitskreises noch genauer ausge-

arbeitet werden. Sein Dank geht vor allem an Frau Wiedemann, SG 42, für die schnelle und umfassende Erstellung der Satzungen in diesem kurzen Zeitraum.

Herr Stadtrat Dr. Jakobs äußert, dass er durch die Ausführungen von Herrn Dachsel auf die Rückfragen der Sitzung des Planungs- und Bauausschusses alle notwendigen Antworten erhalten habe und wirbt für die aktuelle Zustimmung und weiterer detaillierter Ausarbeitung der Satzungen in den Arbeitskreisen.

Frau Stadträtin Dr. Zierl dankt für die nachgereichten Unterlagen, da sie im Planungs- und Bauausschuss nicht anwesend war. Ihrer Meinung nach, lasse sowohl der Freistaat, als auch die Bundesrepublik die Kommunen gerade im Thema Stellplatzsatzung im Regen stehen, da nicht gesondert ausgewiesene Flächen als Freiparkflächen gelten. Da der öffentliche Raum begrenzt sei, stelle die Regulierung der gekennzeichneten Parkflächen Schwierigkeiten dar. Nach Ansicht von Frau Stadträtin Dr. Zierl ist der Wunsch der Kommunen, die Umsetzung von Tempo 30 km/h innerorts und eine nachvollziehbare ausschließliche Parkerlaubnis für ausgewiesene Flächen festzulegen.

Herr Stadtrat Markus Droth erkundigt sich bei Herrn Dachsel nach den genauen Vorgaben zu den Stellplätzen.

Herr Dachsel, AL 4, vermutet, dass künftig weniger Stellplätze pro Wohneinheit durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen erforderlich sind als bisher. Über geeignete Mobilitätskonzepte kann nachgewiesen werden, dass weniger Stellplätze benötigt werden und die Anzahl dementsprechend verringert werden könne.

Herr Stadtrat Markus Droth möchte, aufgrund des zu beschließenden Grundsatzbeschlusses wissen, ob nach der Einberufung der Arbeitsgruppe im Herbst die Einzelheiten der Satzungen ergänzt werden würden.

Herr Dachsel, AL 4, bestätigt, dass er alle drei Satzungen in Arbeitskreisen aufgreifen möchte, jedoch an der Stellplatzsatzung aufgrund der Vorgaben keine großen Veränderungen möglich seien. Das meiste Potenzial läge, laut seiner Aussage, in der Freiflächensatzung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf der Satzung samt der Begründung (Anlage 2) wird als Satzung beschlossen. Die Satzung tritt am 01.09.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Stellplatzsatzung 162 vom 06.11.2014 außer Kraft.

Der als Anlage 3 beigefügte Entwurf der Rahmenbedingungen zum Mobilitätskonzept wird hiermit beschlossen.

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 1

TOP 10	Bebauungsplan Nr. 94/3I-1 "Südl. Fraunhoferstraße-Ost"; Satzungsbeschluss
---------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3572/205 vom 07.05.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Die Stadtratsmitglieder kommen ohne weitere Diskussion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende Beschlüsse:

1. Unter Bezugnahme auf die vorberatenden Einzelbeschlüsse und den abschließenden Empfehlungsbeschluss des Planungs- und Bauausschusses wird der Bebauungsplan Nr. 94/3I-1 „Südl. Fraunhoferstraße-Ost“ nach abschließender Abwägung der öffentlichen und privaten Belange als Satzung beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, abschließend erforderliche redaktionelle und formale Änderungen im Rahmen der Beschlusslage vorzunehmen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 94/3I-1 „Südl. Fraunhoferstraße-Ost“ trägt das Datum der Sitzung des Stadtrates, den 29.07.2025.

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 0

TOP 11	Neuerlass der Spielplatzsatzung
---------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3596/2025 vom 04.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von **Herrn Dachsel, AL 4**, kommen die Stadtratsmitglieder ohne weitere Diskussion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf der Satzung (Anlage 1) samt der Begründung (Anlage 2) wird als Satzung beschlossen. Die Satzung tritt am 01.10.2025 in Kraft.

Ja-Stimmen: 25

Nein-Stimmen: 5

TOP 12	Neuerlass der Freiflächensatzung
---------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3597/2025 vom 04.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz bedauert, dass nach einem langen und fruchtbaren Prozess der Freiflächengestaltungssatzung, aufgrund der Gesetzgebung diese massiv geändert bzw. gekürzt werden musste.

Herr Stadtrat Britzelmair, Referent für Planung und Hochbau, dankt Herrn Dachsel für die Möglichkeit der Diskussion und Prüfung der Satzungen, da er ein paar Punkten nicht zustimmen möchte. Seiner Ansicht nach wäre eine Dachbegrünung nicht unbedingt sinnvoll und würde den Vorgang unnötig verteuern. Auch die Einsparung von Kosten, in Bezug auf die Pflanzung von Bäumen in Hinsicht auf das Nachbargrundstück, durch einen Fachplaner durchführen zu lassen hält er für eine unnötige Vertuierung. Zudem plädiert er hier anstelle des Fachplaners zu einer Investition in Bäume. Er wird daher heute nicht für den Tagesordnungspunkt abstimmen, ist jedoch gerne bereit sich an der Ausgestaltung zu beteiligen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von **Herrn Dachsel, AL 4**, kommen die Stadtratsmitglieder ohne weitere Diskussion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf der Satzung samt der Begründung (Anlage 2) wird als Satzung beschlossen. Die Satzung tritt am 01.10.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gestaltungssatzung 168 vom 13.12.2022, welche seit 22.12.2022 in Kraft ist, außer Kraft.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die außer Kraft getretenen Vorgaben der Gestaltungssatzung vom 13.12.2022, die nicht in die neue Satzung aufgenommen werden konnten, in einen Leitfaden für die Bauwerber zu fassen.

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 10

TOP 13	Integriertes Stadtentwicklungskonzept Fürstenfeldbruck 2050 - Beschlussfassung
---------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3618/2025 vom 17.06.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz schildert, dass nach einer intensiven zweijährigen Phase mit Beteiligung der Stadtratsmitglieder, der Beiräte, der Bevölkerung, der Nachbarkommunen und auch

der Verwaltung ein umfassendes und zielführendes Projekt der ISEK 2050 geschaffen wurde. Auch die Beteiligung der Lenkungsgruppen führte zu einem zielgerichteten Ergebnis. Die vorliegenden Unterlagen zeigen auf, welche Schwerpunkte gesetzt und auch Wichtigkeiten hervorgehoben wurden. Er betont, dass es sich hierbei um einen Leitfaden handle und hier weiterhin Handlungsspielraum bestehe.

Herr Dachsel, AL 4, führt aus, dass es sich nun um den letzten Schritt eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes handle, welches aufzeigt, wie die Stadt im Jahre 2050 aussehen solle. Es bestehe die Möglichkeit, die Stadt aktiv zu gestalten und bis zum Jahre 2050 zu verbessern, jedoch könne damit heute bereits begonnen werden. Wie bereits im Planungs- und Bauausschuss dargestellt, handle es sich bei ISEK 2050 nicht um ein Projekt der Verwaltung, sondern beruht auf der Beteiligung der Bevölkerung und einer Mehrheit der Stadtratsmitglieder. Herr Dachsel berichtet, dass die größte Bürgerbeteiligung, die es je gab, durchgeführt wurde. In der Verwaltung sind über 2500 qualifizierte Rückmeldungen, welche Ideen und Vorschläge einbrachten, und über 5000 Rückmeldungen zur Priorisierung und Bewertung abgegeben wurden. Viele Veranstaltungen, im für dieses Projekt eingerichteten ISEK 2050 Labor, mit 60 freiwilligen Akteuren aus verschiedensten Bereichen, fanden einen guten Anklang. Auch weist Herr Dachsel auf die Abschlussveranstaltung hin, bei welcher den Mitwirkenden gedankt und mit einer Urkunde gewürdigt werden solle. Ebenso dankt Herr Dachsel den Stadtratsmitgliedern und Vertretern der Fraktionen in den Lenkungsgruppen für ihren Einsatz. Herr Dachsel zeigt seine Verwunderung über den Eingang eines Antrages, welcher die Überlegung zum Amperufer in Frage stelle und dies bereits mehrfach diskutiert und abgestimmt wurde. Die Möglichkeit der Stellungnahme bestand bereits seit einem halben Jahr und über die meisten Punkte wurden in den verschiedenen Gremien mit einer Mehrheit beschlossen. Des Weiteren betont Herr Dachsel, dass der Prozess zu jeder Zeit transparent, teilweise digital und frühzeitig kommuniziert wurde. Da hierzu Bedenken geäußert wurden, unterstreicht Herr Dachsel, dass weder die Belange des Sports vernachlässigt werden, noch ein Stadtratsmitglied diese Belange nicht berücksichtigen würde. Außerdem beinhalten die Leitziele, dass die Stadt Fürstenfeldbruck ihre Sportstätten weiter ausbauen und stärken wird. Er unterstreicht, dass auch künftig die Möglichkeit bestehen solle, eine neue Eishalle, ein Schwimmbad und weitere Sportstätten qualifizieren zu können, eventuell am Standort Fliegerhorst oder anderen Orten. Er präsentiert die fünf Schwerpunktthemen für welche sich der Stadtrat ausgesprochen hat, zu diesen gehören Wohnen für Alle, wirtschaftlich attraktiver Standort, zukunftsfähige soziale Infrastruktur, klimaresiliente Stadt und der öffentliche Raum. Diese sollen weiter qualifiziert werden. Für die Unterstützung bei der Umsetzung spricht er den Stadtratsmitgliedern seinen Dank aus.

Herr OB Götz dankt Herrn Dachsel für seinen Einsatz und bekräftigt, dass es nicht zielführend ist, mit kleinen Formulierungen zu hadern, sondern das große Ziel bis zum Jahre 2050 im Auge zu behalten und vorausschauend zu betrachten.

Herr Magg, Vorsitzender des Sportbeirates, hält die umfangreichen Unterlagen mit ca. 200 Seiten für sehr herausfordernd und die Pläne schlecht lesbar. Er dankt Frau Stadträtin Dr. Zierl für die Darstellung eines Projektes aus den gesamten Unterlagen. Er äußert, an einer Planung für Wohnbebauung am jetzigen Sportzentrum 1 nicht beteiligt gewesen zu sein und äußert, dass widersprüchliche Pläne diesbezüglich vorhanden wären. Aus der Sicht des Sportbeirates würde er diesem Punkt des ISEK nicht zustimmen und empfiehlt diesen Teil zu überarbeiten.

Herr OB Götz geht auf die schlecht lesbaren Pläne ein und zeigt auf, dass dies der Komplexität der Pläne geschuldet sei. Zudem bittet er Herrn Dachsel auf das Thema Sportzentrum 1 einzugehen.

Herr Dachsel, AL 4, erläutert, dass auf dem Strukturplan 1 das Sportzentrum 1 als wichtiger Sportstandort ausgewiesen ist. Des Weiteren handle es sich um Potenzialflächen, welche untersucht werden, um zu prüfen, ob dort eine andere Nutzung möglich sei. Das Leitziel, welches im letzten Jahr beschlossen wurde, beinhaltet, dass Sportstätten ausgebaut und bei geänderter Nutzung, ein geeigneter, vergleichbarer oder hochwertiger Standort gefunden werde.

Herr OB Götz verdeutlicht, dass keine Flächen entfallen, sondern Potenzialflächen überdacht werden.

Frau Stadträtin Dr. Zierl bittet ihren kurz vor Sitzungsbeginn eingereichten Antrag einzublenden.

Herr OB Götz betont, dass die Vorgehensweise der kurzfristigen Einreichung von Anträgen vor Sitzungsbeginn und Einblendung von Anträgen nicht nachvollziehbar wäre. Er bittet **Herrn Klehr, AL 1**, den Antrag über den Beamer an die Wand zu projizieren.

Frau Stadträtin Dr. Zierl merkt an, dass ihrer Ansicht nach ihre Stellungnahme vom 1. Mai zur Lenkungsgruppe zutrifft und teilt mit, dass sie dem Punkt ISEK 2050, trotz Zusammenarbeit in mehreren Lenkungsgruppen, nicht zustimmen wird, da für sie das Gesamtprojekt Probleme bietet. Sie sieht ein Problem bei der Klimaresilienz, da ihrer Meinung nach Grünflächen verbaut würden und sie dies, gerade in Bezug auf Kühlung, nicht für zukunftstauglich hält. Nach Rücksprache mit Herrn Magg, welcher laut ihrer Aussage über die Planungen nicht informiert war und einigen Recherchen ihrerseits, reicht sie nun ihren Antrag ein. Sie sieht zudem das Problem, dass die Flächen als Wohnflächen und nicht für den öffentlichen Sport und den Vereinssport ausgewiesen wären. Sie steht dem aktuellen Beschluss kritisch gegenüber und sieht das Sportzentrum 1 als eine große Stärke der Stadt Fürstentfeldbruck und plädiert für eine bewusste Entscheidung.

Herr OB Götz weist darauf hin, dass in diesem Falle Dinge suggeriert werden, welche in keiner Weise in ISEK 2050 impliziert sind. Es handle sich um Potenzialflächen, über die in entfernter Zukunft entschieden werde.

Frau Stadträtin Geißler berichtet, dass die Stadtratsmitglieder von Frau Stadträtin Dr. Zierl bereits am Vortag vorgewarnt wurden und hat ebenfalls recherchiert. Sie geht auf die von Frau Dr. Zierl aufgezeigten Pläne ein und verweist auf Entwürfe der Referendare, welche vor einiger Zeit eingereicht wurden, welche einen Entwurf einer teilweisen Bebauung der südlichen Schöngesinger Straße aufbrachten. Es handle sich hierbei um strategische Ideen, um die Stadt finanziell zu stärken. Ihrer Meinung nach bestünde eine Machbarkeitsstudie zur Standortwahl für eine Eishalle, Schwimmhalle und Freibad. Sie empfiehlt beide Alternativvorschläge abzulehnen und vorab die Standortfrage abzuklären.

Herr Dachsel, AL 4, präzisiert die beschlossenen Maßnahmen der Lenkungsgruppe, die Konzeptentwicklung eines Schwimmbades z.B. Neubau oder Sanierung evtl. interkommunal mit Emmering und Maisach. Der Vorteil eines ISEK läge auch darin, neue Wege zu gehen, damit die Möglichkeit auf ein Eisstadion, ein saniertes Frei- und Hal-

lenbad und bezahlbaren Wohnraum bestünde. Zudem hält er es für sinnvoll, ein integriertes Konzept, welches die Wohnbedürfnisse, sowie Klimaschutz und Naturschutz usw., aufgreift.

Herr Stadtrat Lohde führt an, dass die Stadtratsmitglieder während des Prozesses für ISEK 2050 lernten, dass es sich nicht, wie bei regulären Beschlüssen, um eine sofortige Umsetzung handle, sondern grobe Ziele anvisiert werden. Das Beispiel des Antrages von Frau Stadträtin Dr. Zierl rege seiner Ansicht nach zur Diskussion an und generell würden große Projekte in der Stadt Fürstenfeldbruck nur mit einer geschickten Gegenfinanzierung umgesetzt werden. Seiner Ansicht nach bietet ISEK 2050 die Möglichkeit auf größere Baumaßnahmen hinzuarbeiten, jedoch nicht sofortige Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen. Die Kritik der Fraktion wurde mit aufgenommen und in Bezug auf die Wirtschaft mit einbezogen. Auch das Konzept zur Umsetzung der Freizeitachse B471 greift Herr Stadtrat Lohde auf und hält die vorhaltenden Konzepte für verschiedene Maßnahmen in der Stadt für sinnvoll.

Herr Stadtrat Kellerer schildert, dass er dem ISEK kritisch gegenüberstehe, da sich die Ausführungen meist auf den Ausbau und Ansiedlung von Gewerbe auf dem Gelände des Fliegerhorstes fokussieren und die Möglichkeit der Nutzung dieser Flächen, aufgrund der weltpolitischen Lage, seiner Ansicht nach gering sind. Er plädiert aufgrund der Erreichbarkeit für den Verbleib des Sportzentrum 1 in der Innenstadt und vermisst Anmerkungen der Bürgerschaft Aich in den Planungen des ISEK. Er vertritt die Ansicht, dass die Ausführungen der Biogasanlage und einer Agri-PV-Anlage am Rothschaiger Wald nicht umzusetzen sind und wird diesem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Markus Droth verdeutlicht, dass der Flächennutzungsplan im Fokus stehe und die Gestaltungsgrundlagen erneuert werden. Seiner Auffassung nach wird sich ISEK 2050 in den kommenden Jahren immer wieder den Gegebenheiten anpassen und auch der Flächennutzungsplan angepasst. Die FW-Partei wird dem Vorschlag vor allem in Bezug auf den Flächennutzungsplan zustimmen, jedoch sieht er die Sitzungsvorbereitung als sehr umfangreich und aufwändig. Aufgrund der begrenzten Laufzeit des Areals rund um das Schwimmbad, des nicht vorhandenen erweiterbaren Areals und des Klimakonzeptes handle es sich um eine Jahrhundertentscheidung. Er wirbt und bittet dem Antrag von Frau Stadträtin Dr. Zierl zuzustimmen.

Herr Stadtrat Heimerl stellt dar, dass es sich in Bezug auf ISEK 2050 für alle Beteiligten um einen großen Aufwand und Arbeit handle, die Dokumente zu lesen, zu verstehen und zu prüfen. Aufgrund der zu fassenden Entscheidungen, auch wenn diese locker handzuhaben sind, gilt es, dies, laut seiner Ansicht, in einer intensiven Debatte zu besprechen. Er spricht, wie seine Vorredner, die Beibehaltung des Sportareals in der Stadtmitte an, welches ein wichtiger Faktor über den Grundstückswert hinaus ist und seiner Ansicht nach müssten hier die Pläne aussagekräftiger sein. Er schließt sich den Anträgen von Frau Dr. Zierl an und kann dem ISEK 2050 nicht zustimmen.

Herr 2. Bürgermeister Stangl spricht seine Enttäuschung über die Diskussion an, welche seiner Ansicht nach diesem langen Prozess, unter politischen Gesichtspunkten behandelt wird. Er würde sich wünschen, dass die Beschaffung von Ersatzflächen, falls es eine Wohnbebauung geben würde und auch die Stärkung der Finanzkraft der Stadt, positiv hervorgehoben werden. Er führt an, dass es mit der Methodik, kurz vor Sitzungsbeginn Unterlagen zuzusenden und einen Ausschnitt des Gesamtprojektes ISEK 2050 zu zeigen, unmöglich ist einen Beschluss, welcher nach zwei Jahren Vorberatung

etwas verhindert, zu fassen. Wohnungsbau so zu gestalten, dass er der Klimaresilienz entspricht ist seiner Ansicht nach erstrebenswert und er empfindet den Startschuss für ISEK 2050 positiv um weitere einzelne Beschlüsse zu treffen. Er warnt davor, den von Frau Dr. Zierl vorgelegten Einzelbeschluss am Ende dieses großen Prozesses und davon die Zustimmung des ISEK 2050 abhängig zu machen.

Herr Dachsel, AL 4, erläutert, dass es sich um einen offenen Prozess handle und jederzeit Vorschläge unterbreitet werden könnten. Er führt an, dass der Stadtrat sich an den Themen beteiligen muss und letztendlich vorantreibt, damit die Stadt vorankommt.

Herr OB Götz bedankt sich explizit bei Frau Halke und Herrn Walleit, beide SG 43, und Herrn Dachsel, AL 4, und dem externen Büro Isar.

Herr OB Götz lässt über folgende Anträge von Frau Stadträtin Dr. Zierl abstimmen:

Antrag Fr. Dr. Zierl bzgl. ISEK, Teil 1 (Sportzentrum 1 erhalten); Beschluss

Der Stadtrat beschließt, das Sportzentrum 1 mit seinen Flächen für den Schwimm- und Eissport, für Tennis, Fußball und zukünftig American Football zu erhalten. Das im ISEK in Schlüsselprojekt 02 anstelle des Sportzentrums 1 eingezeichnete urbane Wohnquartier, das auch als Schlüsselmaßnahme 192 aufgeführt ist, wird gestrichen, der Strategieplan, die Strukturpläne und Handlungsraumkarten entsprechend angepasst.

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 18

Antrag Fr. Dr. Zierl bzgl. ISEK, Teil 2 (Alternative); Beschluss

Der Stadtrat beschließt, dass zuerst Ersatzflächen für die im Sportzentrum 1 aktuell vorhandenen sportlichen Nutzungen gesucht und bereitstehen müssen, bevor das in Schlüsselprojekt 02 und in Schlüsselmaßnahme 192 vorgesehene urbane Wohnquartier geplant und umgesetzt wird.

Ja-Stimmen: 17

Nein-Stimmen: 14

Beschluss:

1. Das ISEK für die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck wird als strategisches, abgestimmtes Grundkonzept für die weitere Entwicklung Fürstenfeldbrucks bis 2050 beschlossen. Dieses umfasst ergänzend zu den Leitzielen, die in der Stadtratssitzung am 19.07.2024 in Grundsätzen beschlossen wurden, 9 handlungsfeldbezogene Strukturpläne und einen Gesamtstrategieplan, die als Grundlage für alle weiteren (baulichen) Entwicklungen herangezogen werden sollen.
2. Den in Anlage 4 vorgestellten Schlüsselmaßnahmen und Schlüsselprojekten wird zugestimmt und die Verwaltung wird damit beauftragt, diese prioritär in die Umsetzung zu bringen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fahrplan inkl. Projektmanagement für die prioritäre Umsetzung dieser zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzustellen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des ISEK einen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen.

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt nach Bedarf das ISEK fortzuschreiben und einen Fahrplan für die Evaluation und das Monitoring dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Ja-Stimmen: 26

Nein-Stimmen: 5

TOP 14	Energienutzungsplan des Landratsamts und Beschluss weiteres Vorgehen kommunale Wärmeplanung
---------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3544/2025 vom 04.04.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Vor Behandlung dieses Tagesordnungspunktes beschließt der Stadtrat die Verlängerung der Sitzung um 30 Minuten.

Ja-Stimmen: 17

Nein-Stimmen: 14

Frau Stadträtin Dr. Zierl berichtet, dass sie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau zu einem Punkt Stellung genommen hatte. Der Landkreisesenergienutzungsplan wird ihrerseits zur Kenntnis genommen und verweist darauf, dass dieser nicht ausreichend behandelt wurde, obwohl er eine CO²-Bilanz beinhalte und aussagt. Durch den Stadtrat wurden Beschlüsse gefasst, welche aber im Nutzungsplan aufweisen, dass diese zu keiner erheblichen Entwicklung beitrage. Sie schildert, dass die damals amtierende Klimaschutzbeauftragte darauf hinwies, dass bei Beschlüssen des Stadtrates darauf geachtet werden solle, dass man vorankomme. Sie führt weiter aus, dass nun weitreichendere Beschlüsse gefasst werden und die Stadt bis zum Jahre 2035 CO²-neutral werden solle. Hiervon hört sie hier nichts, was sie sehr bedenklich findet und dies sehr ernst nimmt. Im Kern gehe es ihr darum, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Austausch ihrer Heizungen wissen, was dies bedeute. Mit dem Landkreisesenergienutzungsplan wurden zwei zentrale Punkte der kommunalen Wärmeplanung bereits behandelt, die Bedarfsanalyse und die Potenzialanalyse. Aufgrund des Arbeitsumfangs für die Klimareferentin stellt sich aus ihrer Sicht die Frage, ob es sinnvoll ist, eine große kommunale Wärmeplanung zu beauftragen, da diese umfangreich betreut werden müsse. Sie führt den Beschluss der Stadt Germering an, welche anstelle einer kommunalen Wärmeplanung beim Freistaat Bayern als Bestandsschutz den aktuellen sowie alten Energienutzungsplan eingereicht habe. Ihr Vorschlag aus dem Telefonat mit Herrn Lugginger war, dass die vom Freistaat Bayern für die Kommunale Wärmeplanung gezahlten 122.600,- Euro durch die Vorarbeiten nicht benötigt werden, wenn diese richtig ausgeschrieben werde. Entgegen der Empfehlung von Frau Billeter rät Frau Stadträtin Dr. Zierl, wie in ihrem Antrag eingereicht, das eingesparte Geld dafür einzusetzen und befristet eine Teilzeitstelle für die Laufzeit der kommunale Wärmeplanung auszuschreiben.

Änderungsantrag von Frau Stadträtin Dr. Zierl; Beschluss

Die Leistungsbeschreibung für die kommunale Wärmeplanung wird rein auf das gesetzlich nötige beschränkt, mit dem Ziel die Kosten auf deutlich unter 100.000,- Euro zu hal-

ten. Die so gegenüber der pauschalen Kostenaufwendung eingesparten Aufwendungen werden für die Schaffung einer auf den Zeitraum der kommunalen Wärmeplanung befristeten Projektstelle oder eines entsprechenden Stellenanteils im Bereich Klimaschutz genutzt.

Ja-Stimmen: 1

Nein-Stimmen: 27

Stadträtin Sieger, Stadträtin Merkl und Stadtrat Quirin Droth sind bei dieser Abstimmung und im weiteren Verlauf der Sitzung nicht mehr anwesend.

Da **Herr Dachsel, AL 4**, sowohl im Austausch mit der Stadt Germering als auch dem Landratsamt stehe und diese das Vorhaben der Stadt Fürstenfeldbruck für gut erachten, verwundert ihn die Aussage seiner Vorrednerin. Er bietet an, das Thema Leistungsbild an einem Runden Tisch Klima zu besprechen und dort mit Vorschlägen einzubringen.

Herr Stadtrat Neuhaus hält den Landkreisenergienutzungsplan für unzureichend und plädiert für die Durchführung der kommunalen Wärmeplanung. Weiter gibt er zu bedenken, dass die Anzahl der Planer begrenzt ist. Ihm ist bewusst, dass ggf. eine Stelle mehr in der Verwaltung für die Aufgabe zu besetzen sei, jedoch ist dieser Beschluss, seiner Auffassung nach, dringend nötig.

Herr Stadtrat Markus Droth regt an, vor Einberufung des Runden Tisches, eine Anlaufstelle, nicht zwingend im Haus, einzurichten. Die FW-Partei kann dem Antrag von Frau Stadträtin Dr. Zierl hier nicht folgen.

Beschluss:

1. Der Energienutzungsplan des LRAs wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt eine Kommunale Wärmeplanung, auf Datengrundlage des ENPs des LRAs, zu beauftragen bzw. die nächsten Schritte in die Wege zu leiten.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt entsprechend der Vergabeempfehlung die Vertragsunterlagen zur Beauftragung der Kommunalen Wärmeplanung zu unterzeichnen. Das Leistungsbild der Kommunalen Wärmeplanung wird im Rahmen des Runden Tisch Klima besprochen.

Ja-Stimmen: 28

Nein-Stimmen: 0

TOP 15	Erlass einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (Verpackungssteuersatzung)
---------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3638/2025 vom 15.07.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz schildert, dass die Satzung bereits im Haupt- und Finanzausschuss beraten wurde und bekannt ist, dass das Kommunale Abgabegesetz von der Bayerischen Staatsregierung geändert wird und daher diese Satzung nicht haltbar sei. Er erklärt, dass dieses Vorgehen von weiteren Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden missbilligt wird und die Stadt Fürstenfeldbruck ein Pfandleihsystem einführen möchte. Gleichzeitig sollen zwei Stellen im Bauhof für die Reinigung der Innenstadt und des Geschwister-Scholl-Platzes geschaffen werden.

Herr Stadtrat Markus Droth weist darauf hin, dass bereits im Haupt- und Finanzausschuss darum gebeten wurde, die derzeit geltende Regelung für Gastronomie zu prüfen. Rückfragen seinerseits an das Landratsamt Fürstenfeldbruck blieben leider unbeantwortet. Aus seiner Sicht ist die Regelung nicht durchführbar und er bittet um Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte. Zudem bittet er das Sachgebiet 14 einzubeziehen, da dieses Veranstaltungen wie Märkte durchführt.

Frau Stadträtin Dr. Zierl regt an, als Stadt und auch Oberbürgermeister, sowohl auf Mehrweg und Verpackungsfreiheit wie z.B. den Unverpacktladen aufmerksam zu machen und dafür zu werben.

Herr Stadtrat Höfelsauer berichtet, dass mehrere Metzgereien das Mehrwegsystem anbieten, dies jedoch von der Kundschaft nur gering angenommen werde. Zudem teilt er mit, darüber informiert worden zu sein, dass die Müllbehälter am Geschwister-Scholl-Platz am Wochenende überfüllt und zu klein seien. Er spricht sich für den Einsatz neuer Mitarbeiter im Bauhof und für die Reinigung aus, da dies für ein besseres Stadtbild Sorge.

Beschluss:

1. Der Stadtrat missbilligt das von der Bayerischen Staatsregierung eingeleitete Gesetzgebungsverfahren zum Verbot kommunaler Verpackungssteuern. Er sieht darin einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die durch Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 11 Abs. 2 BV garantierte kommunale Selbstverwaltung und Finanzhoheit. Den Kommunen wird ein höchststrichterlich bestätigtes Instrument zur Lösung lokaler Probleme genommen, anstatt sie in ihrem Engagement für mehr Umweltschutz zu unterstützen und ihnen auch finanzielle Spielräume zu eröffnen.

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: 10

2. Angesichts der politischen Blockade durch die Staatsregierung wird von einem Beschluss der Verpackungssteuersatzung und einem aussichtslosen Genehmigungsverfahren abgesehen. Stattdessen wird die Stadt Fürstenfeldbruck ihr Ziel der Abfallreduzierung durch eigene, proaktive Maßnahmen verfolgen.

Ja-Stimmen: 27

Nein-Stimmen: 0

Ohne Abstimmung durch Herrn Stadtrat Kellerer.

3. Einrichtung der „Fürstenfeldbrucker Mehrweg-Initiative“: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine umfassende „Fürstenfeldbrucker Mehrweg-Initiative“ nach dem Vorbild der Stadt Tübingen zu erarbeiten und umzusetzen. Diese Initiative soll folgende zwei Kernbestandteile umfassen:

Auflegung eines kommunalen Mehrwegförderprogramms: Zur gezielten Unterstützung der lokalen Gastronomie- und Handelsbetriebe bei der Umstellung auf Mehrwegsysteme. Gefördert werden sollen insbesondere die Anschaffung von Mehrweggeschirr und -besteck sowie die Investition in notwendige Betriebsausstattung wie Gewerbespülmaschinen.

Flankiert wird das Förderprogramm durch eine Informations- und Kommunikationskampagne: Zur Aufklärung von Betrieben und der Öffentlichkeit über die Vorteile von Mehrwegsystemen und zur Bewerbung der teilnehmenden lokalen Unternehmen.

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 6

4. Bereitstellung von Haushaltsmitteln: Für die Umsetzung des unter Ziffer 3 genannten Mehrwegförderprogramms werden im kommenden Doppelhaushalt Mittel in Höhe von 25.000 € bereitgestellt.

Ja-Stimmen: 20

Nein-Stimmen: 8

5. Appell an die Bayerische Staatsregierung: Der Stadtrat fordert die Bayerische Staatsregierung auf, ihr geplantes Verbot zu überdenken und stattdessen die Kommunen in ihrem Bestreben nach mehr Sauberkeit und Nachhaltigkeit zu unterstützen. Kommunale Handlungsfähigkeit, Finanzautonomie und lokale Lösungen dürfen nicht durch landespolitische Verbote untergraben werden.

Ja-Stimmen: 20

Nein-Stimmen: 8

6. Die aus den Einnahmen der Verpackungssteuer angedachten Stellenmehrungen (+ 2 MA) im Bauhof zur Verbesserung der Stadtsauberkeit sollen alternativ aus dem Einwegkunststofffonds und dem allgemeinen Haushalt finanziert und in den kommenden Stellenplan aufgenommen werden.

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 7

TOP 16	Verschiedenes
---------------	----------------------

Anfrage Frau Stadträtin Dr. Zierl bzgl. Containeranlage der Razorbacks

Frau Stadträtin Dr. Zierl erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Baus der Containeranlage für die Razorbacks mit Kabinen und Duschen. Da diese Frage vor Ort nicht beantwortet werden kann, bitte Frau Stadträtin Dr. Zierl um schriftliche Mitteilung.

Anfrage Frau Stadträtin Dr. Zierl bzgl. Umrüstung LED

Frau Stadträtin Dr. Zierl erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Umrüstung auf LED auf dem Gelände Klosterstraße, Amperium, Bolzplatz und SCF-Gelände. Herr Huber, SG 24, teilte ihr mit, dass der Austausch in zwei Phasen erfolgen solle. Da diese Frage vor Ort nicht beantwortet werden kann, bitte Frau Stadträtin Dr. Zierl um schriftliche Mitteilung.

Anfrage Frau Stadträtin Dr. Zierl bzgl. Wittelsbacher Halle

Frau Stadträtin Dr. Zierl erkundigt sich aufgrund eines Zeitungsartikels nach der Sanierung der Wittelsbacher Sporthalle und den Kosten für einen Bau der Tribüne und die Spielmöglichkeiten der Handballspieler während der Sanierung.

Herr OB Götz teilt mit, dass es sich um einen Betrag von ca. 300.000,- Euro handle, jedoch die Berichterstattung in diesem Falle ungenau war und er keine Summe zusichern kann, sondern dies vom Stadtrat beschlossen werde. Er führt an, dass sowohl der Landkreis, als auch Herr Landrat Karmasin eine Spielmöglichkeit für die Handballspieler während der Sanierungszeit finden werde.

Anfrage Frau Stadträtin Dr. Zierl bzgl. Gastronomie Marthabräu

Frau Stadträtin Dr. Zierl erkundigt sich nach der Unterstützung, welche laut Zeitungsartikel durch die Stadt den insolventen Betreibern der Gastronomie Marthabräu zugegangen sein solle. Zudem erkundigt sie sich nach dem Bau der Almhütte auf diesem Grundstück.

Herr OB Götz äußert, dass es sich hierbei um ideelle Unterstützung handle und der Bau der Hütte wie jedes Bauverfahren behandelt werde.

Herr Oberbürgermeister Christian Götz beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Christian Götz
Oberbürgermeister

Melanie Rothe
Schriftführerin